

# Inhaltsübersicht

<b>Vorwort</b>	5
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	15
<b>§ 1: Klimaschützer und Arbeitnehmervertreter – zwei getrennte Welten?</b>	19
I.    Erste Impressionen	19
II.    Unterschiede	22
III.    Radikalere Klimaschutzaktivisten	29
IV.    Erste Ansätze der Zusammenarbeit	31
V.    Klimaschutz und Arbeitsrecht zusammen denken – ein Überblick	34
<b>§ 2: Gewerkschaften, Betriebsräte und Umweltschutz – die ersten Schritte</b>	38
I.    Start auf der Höhe der Zeit	38
II.    Der beschwerliche Weg zum Betrieb	39
III.    Der Abschluss von Betriebsvereinbarungen	41
IV.    Umweltschutz als ungeschriebener Gegenstand der Betriebsverfassung?	44
<b>§ 3: Umweltschutz als Aufgabe des Betriebsrats – die Reform der Betriebsverfassung 2001</b>	48
I.    Einleitung	48
II.    Das neue Tätigkeitsfeld	48
III.    Diskursrechte, aber keine Mitbestimmung	50
IV.    Zusammenarbeit mit Behörden	56
V.    Nutzung von Mitbestimmungsrechten mit anderem Schwerpunkt für mehr Umwelt- und Klimaschutz	58
VI.    Verbleibende Handlungsoptionen	64
<b>§ 4: Erhaltung der Lebensgrundlagen – eine Pflicht auch für Unternehmen?</b>	67
I.    Art. 20a GG als Ausgangspunkt	67

II.	Die Kernaussagen der Klimaschutzenscheidung des BVerfG	68
III.	Klimaschutz rechtfertigt auch Eingriffe in die unternehmerische Freiheit (BVerfG)	74
IV.	Konkrete Vorgaben für das Verhalten von Unternehmen	77
V.	Anhang: Klimaklagen – eine Alternative?	90
<b>§ 5: Kollektiv-arbeitsrechtliche Handlungsmöglichkeiten zugunsten von mehr Klimaschutz?</b>		92
I.	Einleitung	92
II.	Tarifvertragliche Gestaltungen	93
III.	Schaffung eines Mitbestimmungsrechts für den Betriebsrat	105
IV.	Demonstrationsstreik	108
V.	Widerstandsrecht?	110
VI.	„Ziviler Ungehorsam“ im Betrieb?	110
<b>§ 6: Arbeitsvertragsrecht und Klimaschutz</b>		113
I.	Ökologische Analyse des Zivilrechts als Vorbild?	113
II.	Die Arbeitspflicht und ihre Grenzen im Lichte des Art. 20a GG	114
III.	Unterstützungspflichten gegenüber dem Arbeitgeber?	118
IV.	Anzeige von Missständen	119
V.	Naturkatastrophen und Entgeltzahlungspflicht	123
<b>§ 7: Zusammenfassung und Fazit</b>		125
I.	Zusammenfassung	125
II.	Fazit	127
<b>Literaturverzeichnis</b>		129

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	5
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	15
<b>§ 1: Klimaschützer und Arbeitnehmervertreter – zwei getrennte Welten?</b>	19
I.    Erste Impressionen	19
1.    Fridays for Future	19
2.    Der Kampf von Arbeitnehmervertretern	21
II.    Unterschiede	22
1.    Altersstruktur	22
2.    Organisationsform	23
3.    Der Umgang mit dem Recht	24
4.    Ehrenamtsprinzip und Zeitbudget	26
5.    Grenzüberschreitender oder lokaler Charakter	27
6.    Neue Perspektiven oder pragmatische Erhaltung des Status quo?	28
III.    Radikalere Klimaschutzaktivisten	29
1.    Ende Gelände	29
2.    Last Generation	29
3.    Extinction Rebellion	30
4.    Greenpeace	30
IV.    Erste Ansätze der Zusammenarbeit	31
V.    Klimaschutz und Arbeitsrecht zusammen denken – ein Überblick	34
<b>§ 2: Gewerkschaften, Betriebsräte und Umweltschutz – die ersten Schritte</b>	38
I.    Start auf der Höhe der Zeit	38
II.    Der beschwerliche Weg zum Betrieb	39
III.    Der Abschluss von Betriebsvereinbarungen	41
1.    Die Spitzeneinigung in der chemischen Industrie	41
2.    Umsetzung durch Gesamtbetriebsvereinbarungen und Betriebsvereinbarungen	42

IV.	Umweltschutz als ungeschriebener Gegenstand der Betriebsverfassung?	44
1.	Umweltschutzbeauftragte	44
2.	Schulung und Fortbildung sowie Zeitschriftenbezug	44
3.	Die Forderung nach ökologischer Unternehmensführung	45
4.	Das DGB-Grundsatzprogramm von 1996	46
<b>§ 3: Umweltschutz als Aufgabe des Betriebsrats – die Reform der Betriebsverfassung 2001</b>		48
I.	Einleitung	48
II.	Das neue Tätigkeitsfeld	48
1.	Die Grundsatzentscheidung	48
2.	Der Begriff „betrieblicher Umweltschutz“	49
3.	Umweltpolitisches Mandat und Meinungsäußerungen einzelner Betriebsratsmitglieder	49
4.	Beispiele für Vorschläge des Betriebsrats	50
III.	Diskursrechte, aber keine Mitbestimmung	50
1.	Beschaffung von Informationen	50
2.	Schulung und Fortbildung von Betriebsratsmitgliedern und Bezug einer Zeitschrift	52
3.	Diskursrechte	52
4.	Initiativen des Betriebsrats	54
5.	Praktische Irrelevanz?	54
IV.	Zusammenarbeit mit Behörden	56
1.	Die Problematik	56
2.	Differenzierung zwischen Arbeitsschutz und Umweltschutz	56
3.	Sonstige Kontakte des Betriebsrats mit der zuständigen Behörde	57
4.	Verhandlungen mit dem Arbeitgeber	57
V.	Nutzung von Mitbestimmungsrechten mit anderem Schwerpunkt für mehr Umwelt- und Klimaschutz	58
1.	Der Umwelt- und Klimaschutz als Querschnittsaufgabe	58

2. Anwendungsfälle aus dem Bereich des § 87 Abs. 1 BetrVG	59
a) Fragen der Ordnung des Betriebs und des Verhaltens der Arbeitnehmer im Betrieb (Nr. 1)	59
b) Gesundheitsschutz (Nr. 7)	60
c) Verwaltung von Sozialeinrichtungen (Nr. 8)	60
d) Entgeltfragen (Nr. 10 und 11)	61
e) Verbesserungsvorschläge (Nr. 12)	62
3. Anwendungsfälle bei sonstigen Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechten	62
a) Weiterbildung (§§ 96–98 BetrVG)	62
b) Zustimmungsverweigerungsrecht nach § 99 BetrVG	63
c) Geplante Betriebsänderung (§ 111 BetrVG)	63
4. Einschaltung des Wirtschaftsausschusses	64
5. Weitergehende Vorschläge	64
VI. Verbleibende Handlungsoptionen	64
<b>§ 4: Erhaltung der Lebensgrundlagen – eine Pflicht auch für Unternehmen?</b>	67
I. Art. 20a GG als Ausgangspunkt	67
II. Die Kernaussagen der Klimaschutzenscheidung des BVerfG	68
1. Art. 20a GG als verbindliche Norm	69
2. Übernahme der Klimaziele des Pariser Überein- kommens	69
3. Begrenzte Spielräume des parlamentarischen Gesetzgebers	70
4. Gebot langfristiger Reduktionsplanung zum Schutz der Freiheitsbetätigung künftiger Generationen	70
5. Entwicklung nicht allein durch den Staat	72
6. Vorgaben für das Verhalten von Unternehmen und Beschäftigten?	73
III. Klimaschutz rechtfertigt auch Eingriffe in die unter- nehmatische Freiheit (BVerfG)	74
1. Der Sachverhalt	74
2. Rechtliche Beurteilung	75

3. Kurze Würdigung	77
IV. Konkrete Vorgaben für das Verhalten von Unternehmen	77
1. Freiwilliger Verhaltenskodex und Corporate Social Responsibility (CSR)	77
2. Die Pflicht zur sog. nichtfinanziellen Erklärung	79
a) Die CSR-Richtlinie und ihre Umsetzung	79
b) Die neue CSRD-Richtlinie	80
3. Die halb-verbindliche Verpflichtung: Corporate Governance Kodex	82
4. Umlenkung von Investitionen in umweltfreundliche Sektoren: Taxonomie-Verordnung	84
5. Die gesellschaftsrechtliche Diskussion: Neubestimmung der Unternehmensziele im Wege der Interpretation?	85
6. Verbindliche Vorgaben für die Unternehmen: Der Entwurf einer EU-Richtlinie zur unternehmerischen Sorgfaltspflicht in Nachhaltigkeitsbelangen – CSDD	87
7. Zwischenfazit	89
V. Anhang: Klimaklagen – eine Alternative?	90
<b>§ 5: Kollektiv-arbeitsrechtliche Handlungsmöglichkeiten zugunsten von mehr Klimaschutz?</b>	92
I. Einleitung	92
II. Tarifvertragliche Gestaltungen	93
1. Klimafreundliche Entgeltformen	93
2. Gehört der Klima- und Umweltschutz zu den Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen?	94
3. Tarifliche Regelungen und bestehende Gesetze	97
a) Tarifliche Veränderungen gesetzlicher Standards als allgemeines Problem	97
(1) Die Fragestellung	97
(2) Das Verhältnis Tarifvertrag – Gesetz im Allgemeinen	97
(3) Ausnahme für Gesetze zur Wahrung öffentlicher Interessen?	98
(4) Arbeitsschutz- und Arbeitszeitrecht	99

(5) Notstandsarbeiten im Arbeitskampf	100
(6) Die Ausnahme: Zweiseitig zwingende Normen	101
b) Verbesserung des gesetzlichen Klima- und Umweltschutzes durch Tarifvertrag?	102
4. Tarifliche Regelung und Arbeitgebergrundrechte	102
5. Hindernisse für Tarifabschlüsse	104
6. Förderung von Tarifabschlüssen	105
III. Schaffung eines Mitbestimmungsrechts für den Betriebsrat	105
1. Gesetzliche Regelung?	105
2. Tarifvertragliche Regelung	107
IV. Demonstrationsstreik	108
V. Widerstandsrecht?	110
VI. „Ziviler Ungehorsam“ im Betrieb?	110
<b>§ 6: Arbeitsvertragsrecht und Klimaschutz</b>	113
I. Ökologische Analyse des Zivilrechts als Vorbild?	113
II. Die Arbeitspflicht und ihre Grenzen im Lichte des Art. 20a GG	114
1. Pflicht zur Befolgung von Vorschriften des Klima- und Umweltrechts	114
2. Pflicht zur Leistung von Überstunden und von anderer als der vereinbarten Arbeit?	115
3. Gesetzwidrige Weisungen	116
4. Zweifelhafte Fälle	117
III. Unterstützungs pflichten gegenüber dem Arbeitgeber?	118
IV. Anzeige von Missständen	119
1. Die überkommenen Grundsätze	119
2. Das Hinweisgeberschutzgesetz	121
V. Naturkatastrophen und Entgeltzahlungspflicht	123
<b>§ 7: Zusammenfassung und Fazit</b>	125
I. Zusammenfassung	125
II. Fazit	127
<b>Literaturverzeichnis</b>	129